

# Zwischen Konflikt, Kooperation und Realignment: US-Außenpolitik gegenüber der Indischen Union

von  
Christian Wagner

## Einleitung

1993 stellt Munro die These auf, dass kein nichtkommunistisches Land mehr vom Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges traumatisiert worden sei als Indien.<sup>1</sup> Doch inzwischen hat Indien als vermeintlicher „Verlierer“ des Kalten Krieges seine internationale Position und seine außenpolitischen Handlungsoptionen deutlich verbessert. Die Südasiereise von Präsident Bill Clinton im März 2000 und der damit verbundene außenpolitische „Paradigmenwechsel“ der USA machten u.a. diesen Bedeutungszuwachs Indiens offensichtlich. Die indisch-amerikanische Annäherung ist zugleich Teil eines außenpolitischen „realignment“, d.h. einer Neufestlegung der strategischen und bündnispolitischen Allianzen zwischen verschiedenen Großmächten im asiatischen Raum, das seit dem Ende des Ost-West-Konflikts zu beobachten ist. Da regionale und internationale Organisationen und Regime in Asien

---

<sup>1</sup>Vgl. Munro, R.H., „The Loser. India in the Nineties“, in: *The National Interest* (Summer 1993), S.62.

eine im Vergleich zu Europa eher untergeordnete Rolle spielen, nehmen bilaterale Vereinbarungen in der Außenpolitik ein deutlich größeres Gewicht ein.

Die indisch-amerikanischen Beziehungen waren seit jeher von Phasen des Konflikts und der Kooperation gekennzeichnet. Es gehörte dabei zu den Ironien des Kalten Krieges, dass sich die beiden größten Demokratien, Indien und die USA, in unterschiedlichen ideologischen Lagern wiederfanden. Der Begriff der „estranged democracies“<sup>2</sup> bringt dieses eigentümliche Verhältnis wohl am deutlichsten zum Ausdruck. Dabei waren es nicht die innenpolitischen Ordnungsvorstellungen, sondern unterschiedliche außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Konzeptionen, die die „Entfremdung“ verursachten und eine dauerhafte politische Zusammenarbeit verhinderten. Dadurch nahm Indien nur einen untergeordneten Stellenwert in der US-Außenpolitik in der Zeit des Kalten Krieges ein. Diese „Vernachlässigung“ Indiens war, so das Argument im Folgenden, ein Ergebnis des bipolaren Systems des Ost-West-Konflikts. Trotz gegenteiliger Bekundungen nahmen demokratische Werte keinen großen Stellenwert in der US-Außenpolitik ein, wie die Zusammenarbeit mit vielen autoritären Regimen in aller Welt deutlich machte. Die indische Außenpolitik hielt hingegen an eigenen Vorstellungen von der Struktur des internationalen Systems fest. Die wirtschaftliche Attraktivität Indiens war für die USA durch die für ausländische Investoren weitgehend geschlossene „mixed economy“ begrenzt. Damit blieben sowohl das strategische als auch das ökonomische Interesse der USA an Indien in der Zeit des Ost-West-Konflikts gering.

Die zukünftige Bedeutung Indiens in der US-Außenpolitik liegt erstens in der veränderten Struktur des internationalen Systems begründet, das eher einen multipolaren Charakter haben wird, und zweitens haben sich beide Staaten in außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen deutlich angenähert. Drittens gibt es mit den Non-Resident Indians (NRIs) in den USA eine neue, wichtige innenpolitische Interessengruppe, die dafür sorgen kann, dass Indien auch längerfristig einen größeren Stellenwert in der US-Außenpolitik einnimmt als bisher. Dieses Argument soll im Folgenden am Beispiel der Bereiche Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik verdeutlicht werden.

---

<sup>2</sup>Kux, Dennis, *Estranged Democracies. India and the United States 1941-1991*, New Delhi 1994.

## 1 Außenpolitische Konzeptionen: Containment versus Self-Reliance

Die Außenpolitik der USA war nach dem Zweiten Weltkrieg vom Prinzip der Eindämmung des Kommunismus („containment“) geprägt. Doch gemeinsame demokratische Grundüberzeugungen schufen nicht automatisch außenpolitische Verbündete, wie gerade das Beispiel Indiens deutlich machte. Die Indische Union schien als größte Demokratie ein idealer Partner und Verbündeter für die USA zu sein. Doch Nehru und seine Nachfolger waren nicht bereit, ihre außenpolitischen Interessen denen der USA und den Sachzwängen der daraus folgenden Bündnispolitik unterzuordnen. Stattdessen entwickelten Nehru und seine Nachfolger eigene Vorstellungen über die Struktur des internationalen Systems, die sich mit dem Begriff der Eigenständigkeit („self-reliance“) umschreiben lassen. Nehru sah sich als Fürsprecher der dekolonisierten Staaten in Asien und Afrika: nicht militärische Konfrontation, sondern Abrüstung, Kooperation und Blockfreiheit sollten dieser Staatengruppe eine stärkere Rolle in der Weltpolitik vor dem Hintergrund des aufkommenden Ost-West-Konflikts ermöglichen.

Die divergierenden außenpolitischen Prämissen führten in den fünfziger und sechziger Jahren zu unterschiedlichen Bewertungen internationaler Krisen, die auf beiden Seiten einen Prozess der „Entfremdung“ in Gang setzten. So verstimmte die amerikanische Unterstützung für die Resolutionen der Vereinten Nationen (VN) zur Kaschmirfrage die indische Seite, da die Resolutionen Pakistan nicht als Aggressor im Kaschmirkonflikt verurteilten, sondern beide Staaten, sehr zum Mißfallen Nehrus, als gleichwertige Parteien behandelten.<sup>3</sup> Aber auch das indische Verhalten bot Anlass zu Irritationen in der US-Administration. 1951 widersetzte sich Indien dem japanisch-amerikanischen Friedensvertrag und suchte im Koreakrieg eine Vermittlung ohne Abstimmung mit den USA. Während des Koreakrieges lehnte Indien eine Verurteilung Chinas in den VN im Sinne der USA und des Westens ab. Hintergrund waren die unterschiedlichen Ansichten über den Umgang mit China und seine mögliche internationale Rolle. Während die USA das kommunistische Regime isolieren wollten, suchte Indien die Zusammenarbeit mit China und setzte sich für dessen Aufnahme in die VN ein.

Mit der Konferenz von Bandung (1955) und der Gründung der Blockfreien-Bewegung in Belgrad 1961 schien sich Nehrus Vision einer „dritten Kraft“

---

<sup>3</sup>Zum Kaschmirkonflikt vgl. u.a. Wirsing, Robert G., *India, Pakistan, and the Kashmir Dispute. On Regional Conflict and its Resolution*, Calcutta 1995.

im internationalen System allmählich in die Realität umzusetzen. Doch der indisch-chinesische Grenzkrieg 1962 offenbarte das Scheitern von Nehrus außenpolitischen Idealen in seiner Politik gegenüber China. Zugleich eröffnete sich damit jedoch die Möglichkeit, die indisch-amerikanischen Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Unter dem Schock der drohenden militärischen Niederlage wandte sich Nehru in einem geheimen Schreiben an Kennedy, in dem er um direkte militärische Luftunterstützung der USA zum Schutz Indiens bat. Damit schien sich ein grundlegender Wandel in der indischen Außenpolitik und ein Abschied von den Prinzipien der Blockfreiheit anzudeuten. Die USA beorderten den Flugzeugträger USS Enterprise in den Golf von Bengalen, der den Chinesen signalisieren sollte, dass die USA durchaus bereit waren, direkt in den Konflikt einzugreifen, sollten die chinesischen Truppen ihren Vormarsch fortsetzen. Die überraschende Ankündigung eines Waffenstillstands und Truppenrückzugs Chinas nach dem 21. November 1962 verhinderten nicht nur eine mögliche indisch-amerikanische Annäherung, sondern retteten ironischerweise wohl auch Nehrus Politik der Blockfreiheit.<sup>4</sup>

Der 1968 vereinbarte Nichtverbreitungsvertrag (NVV) für Nuklearwaffen ließ erneut die unterschiedlichen außenpolitischen Standpunkte zwischen Indien und den USA offenkundig werden. Bereits in den fünfziger Jahren hatte sich Nehru für eine globale nukleare Abrüstung eingesetzt. Noch 1963 hatte Indien die Vorschläge für ein Teststoppabkommen unterstützt. Den NVV lehnte Indien jedoch von Beginn an ab. Die Unterteilung der Welt in Nuklear- und Nichtnuklearstaaten, in nukleare „haves“ und „have-nots“ war für indische Regierungen nicht akzeptabel. Der NVV war, so die formale Argumentation Indiens, mit den Vorstellungen von der Gleichheit der Staaten nicht vereinbar. Der wahrscheinlich wichtigere sicherheitspolitische Grund war die nukleare Bedrohung, der sich Indien nach dem ersten chinesischen Nuklearversuch von 1964 ausgesetzt sah. Mindestens ebenso wichtig für die Ablehnung des Vertragswerkes war das außen- bzw. statuspolitische Argument, da die Volksrepublik China mit dem NVV offiziell als Nuklearstaat aufgewertet wurde, was dem indischen Anspruch auf internationale Gleichrangigkeit mit China zuwider lief.

Hatte sich Indien in den fünfziger Jahren noch für eine Zusammenarbeit mit China eingesetzt und dafür eine Belastung der Beziehungen mit den USA in Kauf genommen, so hatten sich die Konstellationen Anfang der siebzi-

---

<sup>4</sup>Vgl. Brecher, Michael, „The Super Powers and India-China: Non-Alignment at the Brink“, in: Rajan, M.S./Ganguly, Shivaji (eds.), *Great Power Relations, World Order and the Third World*, New Delhi 1981, S.123/124.

ger Jahre um 180 Grad gedreht. Mit dem Inkrafttreten des NVV 1970, der amerikanisch-chinesischen Annäherung im Sommer 1971 sowie der Aufnahme Chinas als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der VN im Oktober 1971 verschoben sich die ideologischen und machtpolitischen Fronten des Kalten Krieges. Während China zu einer international anerkannten Weltmacht aufstieg, verlor Indien weiter an Bedeutung in der US-Außenpolitik. Der 1971 in Reaktion auf die amerikanisch-chinesische Annäherung unterzeichnete Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion hielt Indira Gandhi den Rücken für ihre militärische Intervention in den ostpakistani-schen Bürgerkrieg frei, da entsprechende Resolutionen in den VN im Dezember 1971 am sowjetischen Veto scheiterten. Aufgrund seines proöstlichen Abstimmungsverhaltens in den VN wurde Indien in der Folge dem Lager des Ostblocks zugerechnet, doch war es trotz verschiedener militärischer und wirtschaftlicher Privilegien weit davon entfernt, ein „Satellitenstaat Moskaus“ zu werden. Wenngleich die bilateralen Beziehungen zu den USA auch während dieser Phase nie vollständig abbrachen, so verschlechterten sie sich doch erheblich.<sup>5</sup>

Auch wenn sich die Staaten der Blockfreienbewegung nur selten aus der Dynamik des Ost-West-Konflikts befreien konnten, so hielt Indien auch unter Indira Gandhi mit dem Engagement in den entwicklungspolitischen Debatten der sechziger und siebziger Jahre, u.a. als Mitbegründer der Gruppe der 77 Staaten (G 77) und als Wortführer in der Debatte um eine neue Weltwirtschaftsordnung, an der Vorstellung eines internationalen Systems fest, das den Entwicklungsländern größere Mitspracherechte einräumen sollte.

Erst die internationalen Veränderungen nach dem Amtsantritt Gorbatschows in der Sowjetunion und die beginnende Aufweichung des Ost-West-Gegensatzes von Mitte der achtziger Jahre an, brachten eine Annäherung der außenpolitischen Konzeptionen zwischen Indien und den USA. Innenpolitisch war es die von Indira Gandhi begonnene und von Rajiv Gandhi fortgeführte Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung, welche gemeinsame Interessen und damit auch die Annäherung an die USA förderte. Aber auch US-Regierungsvertreter bekundeten die Absicht einer verbesserten Zusammenarbeit mit der Indischen Union:

---

<sup>5</sup>Ein wichtiger Bereich war auf transnationaler Ebene der wissenschaftliche Austausch zwischen Indien und den USA, der vom „guten Klima“ zwischen beiden Staaten abhängig war; vgl. Patterson, Maureen L.P., „Institutional Base for the Study of South Asia in the United States and the Role of the American Institute of Indian Studies“, in: Elder, Joseph W./Edward C. Dimock/Ainslie T. Embree (eds.), *India's Worlds and U.S. Scholars 1947-1997*, New Delhi 1998, S.50-54.

India could be a power that contributes to world stability as the United States will see it, and want to shape it in 1995 and the year 2025, and a power with which we could work together much as we try to work together with other major powers now to enhance our long-term national security aims.<sup>6</sup>

Hochrangige Staatsbesuche von Rajiv Gandhi in den USA 1985 oder von US-Verteidigungsminister Weinberger in Indien 1986 sowie die Einsetzung einer Indo-American Task Force on the Indian Ocean<sup>7</sup> waren erste Ergebnisse dieser Annäherung. In der Folge akzeptierten die USA Indien als Ordnungsmacht in Südasien, wie es mit dem indo-srilankischen Vertrag von 1987 und der Stationierung indischer Truppen in Sri Lanka, der Polizeiaktion auf den Malediven im November 1988 und im Streit zwischen Indien und Nepal 1989 zum Ausdruck kam.

Mit dem Zerfall des bipolaren Systems nach 1991 näherten sich die unterschiedlichen außen- und sicherheitspolitischen Standpunkte weiter an. Die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrechten und marktwirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen wurden zur gemeinsamen außenpolitischen Agenda der westlichen Welt und internationaler Organisationen. Gerade im Unterschied zu vielen autoritären Staaten in Ost- und Südostasien, die in Opposition hierzu ihre „asiatischen“ Werte hervorhoben, zeigte sich die enge Verbundenheit Indiens mit westlichen Werten. So wies die Regierung immer wieder auf die angelsächsischen Rechts- und Bildungstraditionen, die Verbreitung der englischen Sprache und die Verankerung demokratischer Grundfreiheiten in der Verfassung hin. Dennoch blieben auch im politischen Bereich Spannungen zu den USA bestehen. So führten z.B. die Menschenrechtsverletzungen indischer Sicherheitskräfte im Kampf gegen muslimische Guerillas im indischen Jammu & Kaschmir zu heftiger Kritik und Sanktionen seitens der USA.<sup>8</sup>

Am deutlichsten wurden die weiterhin existierenden außenpolitischen Unterschiede mit den indischen Nuklearversuchen vom Mai 1998.<sup>9</sup> Obwohl die Atomtests u.a. mit der Bedrohung durch China begründet wurden, lassen

---

<sup>6</sup>So der damalige Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium Fred Ikle in der *Washington Post*, zit. nach Mukerjee, Dilip, „U.S. Weaponry for India“, in: *Asian Survey*, 27 (1987) 6, S.600.

<sup>7</sup>Vgl. *Report of the Indo-American Task Force on the Indian Ocean, India, the United States and the Indian Ocean*, Washington: Carnegie Endowment for International Peace 1985.

<sup>8</sup>Vgl. Manchanda, Rita, „Shedding Illusions about Indo-US-Defence Co-operation“, in: *Economic and Political Weekly*, 07.–14.8.1993, S.1637.

<sup>9</sup>Zu den wechselseitigen Fehlperceptionen in der Frage der Non-Proliferation vgl. Ollapally, Deepa/Ramanna, Raja, „U.S.-India Tensions. Misperceptions on Nuclear Proliferation“, in: *Foreign Affairs*, 74 (1995) 1, S.13-18.

sie sich eher als außenpolitische denn als sicherheitspolitische Grundsatzklärung verstehen. Auch wenn über neunzig Prozent aller Staaten internationalen Kontrollregimen wie dem NVV und dem Allgemeinen Teststoppabkommen (Comprehensive Test Ban Treaty – CTBT) beigetreten sind, so verwahrte sich Indien gegen internationale Kritik mit dem Hinweis, dass es keine Verträge unterschrieben und demnach keine Normen verletzt habe. Im Gegenzug kritisierte die Regierung die Nuklearstaaten, besonders die USA und China, wegen ihrer in indischen Augen fehlgeschlagenen Politik der Non-Proliferation: „It is most ironical that two countries that have directly and indirectly contributed to the unabated proliferation on nuclear weapons and delivery systems in our neighbourhood, are now presuming to prescribe norms for non-proliferation.“<sup>10</sup>

Die amerikanische Regierung hatte nach den Nukleartests deutlich gemacht, dass sie nicht bereit war, Indien als gleichrangige Atommacht in den NVV aufzunehmen.<sup>11</sup> Parallel zu den Sanktionen gab es seit Sommer 1998 mehrere bilaterale Gesprächsrunden mit den USA, die Indien zu einer Unterzeichnung des NVV oder des CTBT bewegen wollten. Im Gegenzug stellten die USA eine Aufhebung der Sanktionen und eine verstärkte technologische Zusammenarbeit in Aussicht.<sup>12</sup> Im September 1998 bezeichnete Premierminister Vajpayee Indien und die USA als „natural allies“ und unterstrich mit seiner Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung indischer Interessen u.a. in den Bereichen Sicherheit, Technologietransfer und Erweiterung des VN-Sicherheitsrates den Anspruch seines Landes auf eine größere internationale Bedeutung: „Indo-U.S. ties based on equality and mutuality of interests are going to be the mainstay of tomorrow’s stable, democratic world order.“<sup>13</sup>

Es gelang den USA in den bilateralen Verhandlungen nicht, die indische Seite auf das von ihr propagierte minimale nukleare Abschreckungspotenzial („minimum nuclear deterrent“) festzulegen. Auch die Sanktionen gegenüber Indien und Pakistan erwiesen sich als „stumpfe“ Waffe. Vor allem um eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Pakistan zu vermeiden, wurden die Sanktionen gegen beide Länder Anfang November 1998

---

<sup>10</sup>Government of the Republic of India, Statement of Official Spokesman, New Delhi, 27.06.1998.

<sup>11</sup>So der stellvertretende US-Außenminister John Holum, vgl. „U.S. for caution in dealing with India“, Pak., in: <http://www.webpage.com/hindu/daily/980617/01/01170003.htm>.

<sup>12</sup>Vgl. Singer, Clifford, E./Saksena, Jyotika/Thakar, Milind, „Feasible Deals with India and Pakistan after the Nuclear Tests. The Glenn Sanctions and U.S. Negotiations“, in: *Asian Survey*, 38 (1998) 12, S.1161-1178.

<sup>13</sup>Mohan, Raja, „PM wants Indo-U.S. ties on an ‘equal footing’“, in: <http://www.webpage.com/hindu/daily/980929/01/01290001.htm>.

wieder teilweise außer Kraft gesetzt.<sup>14</sup> Mit dem Scheitern der Ratifizierung des Teststoppabkommens im amerikanischen Senat im Dezember 1999 erlitten die Verhandlungen einen zusätzlichen Rückschlag. Trotz der weiterhin bestehenden Meinungsunterschiede in der Nuklearfrage haben die außenpolitischen Gemeinsamkeiten zwischen Indien und den USA deutlich zugenommen. Es erstaunt daher nicht, dass das „Vision Statement“, das beide Staaten beim Besuch Clintons verabschiedet haben, die Gemeinsamkeiten in Bezug auf Demokratie und Globalisierung für die zukünftige Zusammenarbeit herausgestellt hat.<sup>15</sup>

## 2 Sicherheitspolitik

Während die USA ihre Interessen gegenüber den kommunistischen Staaten global durchsetzen wollten, war die Indische Union nach der Unabhängigkeit mit anderen sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Hierzu zählte als Oberstes die Sicherung der Grenzen. Diese waren nach der Unabhängigkeit mit den beiden wichtigsten Nachbarn Pakistan und China strittig. Mit Pakistan hatte es zudem unmittelbar nach der Unabhängigkeit einen Krieg über die Zugehörigkeit Kaschmirs gegeben. Aufgrund des schwelenden Kaschmirkonflikts hatte Pakistan Interesse an einer Unterstützung durch die USA. In der amerikanischen Containment-Politik galt das Land durch seine strategische Lage an der Grenze zur Sowjetunion und zu China als „wichtigstes Bindeglied zwischen den erdölproduzierenden Staaten des Nahen Ostens und dem rohstoff- und bevölkerungsreichen Südostasien“.<sup>16</sup> Im Mai 1954 unterzeichneten Pakistan und die USA ein Mutual Defence Assistance Agreement,<sup>17</sup> im September 1954 trat Pakistan in die South East Asian Treaty Organization (SEATO) und im September 1955 in den Bagdad-Pakt, der späteren Central Treaty Organization (CENTO), ein.

Damit entstand ein grundsätzliches Dilemma für die amerikanische Außenpolitik gegenüber Südasien, das bis zum Ende des Kalten Krieges die Beziehungen mit Indien immer wieder belasten sollte. Pakistan galt als wichti-

<sup>14</sup>Vgl. „U.S. panel allows 1-year waiver of sanctions“, in: <http://www.webpage.com/hindu/today/>

<sup>15</sup>Zum Besuch Clintons in Indien vgl. meinen Beitrag „Außenpolitik im Berichtsjahr“ in diesem Band.

<sup>16</sup>Bearth, Marcel, *Weizen, Waffen und Kredite für den Indischen Subkontinent. Die amerikanische Südasienpolitik unter Präsident Johnson im Dilemma zwischen Indien und Pakistan, 1963-1969*, Stuttgart 1990, S.13.

<sup>17</sup>Vgl. Bhatti, Maqbool, Ahmad, „Changing US Perceptions on South Asia“, in: *Regional Studies*, 11 (Winter 1992-93) 1, S.6.

ger militärischer Verbündeter, der sich, wenn auch mit Unterbrechungen, fast nahtlos in die außenpolitischen Konzeptionen der USA einfügte. Demgegenüber wurde Indien durch sein Festhalten an einer eigenständigen Außenpolitik, die nicht immer im amerikanischen Interesse lag, zunehmend als „unsicherer Kantonist“ gesehen. Die politische und vor allem die militärische Unterstützung Pakistans durch die USA wurde deshalb ein beständiger Streitpunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen, da Indien einen Einsatz der US-Waffen gegen sich fürchtete.<sup>18</sup> Die USA wollten wiederum keine modernen Waffensysteme an Indien liefern, um Pakistan als Bündnispartner nicht zu verprellen. Damit entstand allerdings die Gefahr, dass die Sowjetunion durch die Lieferung von Waffensystemen diese Lücke in Indien ausfüllen könnte, wobei eine solche Annäherung Indiens an die Sowjetunion ebenfalls nicht im amerikanischen Interesse lag.

Dieses Dilemma wurde in den Verhandlungen zwischen Indien und den USA über eine engere militärische Zusammenarbeit nach dem indisch-chinesischen Krieg 1962 offenkundig. Die US-Administration befürwortete den Wunsch Indiens nach einer engeren militärischen Zusammenarbeit, sah sie doch hierdurch eine gute Möglichkeit, die indische Außenpolitik zu ihren Gunsten zu beeinflussen: „India, as the largest and potentially most powerful non-Communist Asian nation [...] is in fact the major prize for which we, the Soviets, and Chicoms are competing in Asia.“<sup>19</sup> Doch die Verhandlungen über ein 1,3-Mrd.-US-Dollar-Paket an Militärhilfe für Indien gelangten durch die Ermordung Kennedys im November 1963 und den Tod Nehrus im Mai 1964 nie zu einem Abschluss. Da sich die USA zudem weigerten, moderne F-104-Düsenjäger, über die Pakistan bereits verfügte, an Indien zu liefern, unterzeichnete Indien im September 1964 ein Abkommen mit der Sowjetunion, das die Lieferung von Mig-21-Düsenjägern und die Errichtung von Fabriken zur Lizenzproduktion der Flugzeuge in Indien vorsah. Der erste chinesische Nuklearversuch 1964 sowie das Waffenembargo der Großmächte in Reaktion auf den pakistanischen Angriff auf Indien im Herbst 1965 machten der indischen Regierung deutlich, dass außenpolitische Eigenständigkeit ohne militärische Unabhängigkeit kaum zu erreichen war. Die Diversifizierung der Rüstungsimporte und der Ausbau der einheimischen Rüstungsindustrie waren Folgen dieser Erfahrung.

---

<sup>18</sup>Vgl. Seller, Hanns-Frank, *Die Indienpolitik der USA unter John F. Kennedy und Ronald Reagan. Kontinuität und Wandel*, Frankfurt a.M. 1996, S.103-107.

<sup>19</sup>So Robert Komer, Mitglied des National Security Council, gegenüber Präsident Johnson, zit. nach Kux 1994, S.228.

Auch wenn der dritte Krieg zwischen Indien und Pakistan 1971 als inner-pakistanischer Bürgerkrieg begann, so belastete er durch die parallel hierzu stattfindende, zunächst geheime Annäherung zwischen den USA und China auch massiv die indisch-amerikanischen Beziehungen. Da Islamabad Ausgangspunkt für die Reise von US-Außenminister Kissinger nach Peking war, stellten sich die USA während der Zuspitzung der indisch-pakistanischen Beziehungen stets auf die Seite Pakistans. Sie fürchteten, dass ein Nachgeben dem Ansehen der USA bei seinen Verbündeten, vor allem bei China, schaden könnte. Vor dem Hintergrund der internationalen Kräfteveränderungen und der regionalen Krise in Südasien wurde der Besuch Indira Gandhis in den USA im November 1971 zu einem Tiefpunkt in den bilateralen Beziehungen. US-Präsident Nixon sah keinen Anlass, den Bürgerkrieg in Ostpakistan zu erwähnen, und Indien konnte sich mit seiner Forderung nach einer Einstellung der US-Hilfe an Pakistan nicht durchsetzen. Die Entsendung eines US-Flugzeugträgers während des indisch-pakistanischen Krieges im Dezember 1971 ließ in Indien den Eindruck entstehen, dass die USA mit einer „neokolonialen Kanonenbootpolitik“ die Indische Union niederhalten wollten: „The single dominant purpose of the U.S. in relation to South Asia is military containment of India.“<sup>20</sup>

Selbst wenn diese Einschätzung die damalige Rolle Indiens in der US-Außenpolitik wohl überschätzt, so hatte sich nach der Krise von 1971 die Konfliktstruktur des Kalten Krieges nach Südasien übertragen. Dabei standen sich Indien und die Sowjetunion auf der einen Seite sowie Pakistan, China und die USA auf der anderen Seite gegenüber. Zugleich hatte der Konflikt um Ostpakistan das Grunddilemma der USA gegenüber Indien deutlich gemacht, „that the United States is still unable to fix for India a place in its strategic schema of the planet, which would respond to India’s national pride and aspirations and reflect its considerable achievements“.<sup>21</sup>

<sup>20</sup>Nayar, Baldev Raj, *American Geopolitics and India*, Columbia 1976, S.214. Die USA hatten am 10. Dezember den Flugzeugträger USS Enterprise in den Golf von Bengalen entsandt, der während des indisch-chinesischen Grenzkriegs 1962 ebenfalls im Golf von Bengalen war und damals als Symbol für eine mögliche verstärkte indisch-amerikanische Zusammenarbeit galt. Die These von der „Kanonenbootpolitik“ der USA wurde 1999 vom früheren und an den Ereignissen 1971 unmittelbar beteiligten US-Außenminister Henry Kissinger anlässlich eines Vortrages in New Delhi selbst bestätigt. Damit sollte Indien signalisiert werden, dass die USA nicht bereit waren, eine Ausweitung des Krieges auf Westpakistan zuzulassen. Vgl. „Kissinger against spread of n-arms“, in: <http://www.the-hindu.com/stories/0209000c.htm>, 09.06.1999.

<sup>21</sup>Sen Gupta, Bhabani, „India and the Super Powers“, in: Rajan, M.S./Ganguly, Shivaji (eds.), *Great Power Relations, World Order and the Third World*, New Delhi 1981, S.131.

Die unterschiedlichen Sicherheitsperzeptionen zwischen Indien und den USA kamen auch in der Folgezeit zum Ausdruck. So begrüßte die indische Regierung im April 1974 den Sieg Nordvietnams über die USA und kritisierte im Februar 1975 heftig die Aufhebung des 1965 verhängten US-Waffenembargos gegen Pakistan. Mit seinem ersten Nuklearversuch 1974 stellte Indien nicht nur seine technologischen Fähigkeiten unter Beweis, sondern untermauerte damit auch seinen Anspruch auf internationale Gleichrangigkeit mit China und machte deutlich, dass es nicht geneigt war, sich den Strukturen des internationalen Systems anzupassen. In Reaktion darauf schlossen sich die wichtigsten westlichen Lieferländer 1975 zum Nuclear's Supplier Club (NSC) zusammen, um Liefersanktionen im Bereich der Nukleartechnologie gegen Indien zu vereinbaren. Nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan Ende 1979 stimmte Indien als einer der wenigen Staaten, wie bereits 1968 bei Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, gegen eine Verurteilung der Sowjetunion in den VN. Dies belastete die bilateralen Beziehungen mit den USA weiter, vor allem da Indien eher Bedenken gegen die militärische Aufrüstung Pakistans hatte, das während der Reagan-Administration zum „front-line state“ in der US-Außenpolitik wurde. Diese Vorbehalte schienen sich im Oktober 1986 zu bestätigen, als die USA ankündigten, modernste AWACS-Aufklärungsflugzeuge an Pakistan zu liefern, was heftige Kritik in Indien auslöste.<sup>22</sup>

Erst mit dem Abklingen des Ost-West-Konflikts entstanden neue, bislang nicht gekannte sicherheitspolitische Gemeinsamkeiten. Expertengruppen aus beiden Staaten identifizierten mit dem militanten islamischen Fundamentalismus erstmals ein gemeinsames Feindbild, aus dem übereinstimmende Sicherheitsinteressen, z.B. in Zentralasien, abgeleitet wurden: „The growth of extremist forms of Islamic fundamentalism in areas adjacent to India, especially Southwest Asia and Central Asia, could pose common security concerns for New Delhi and Washington.“<sup>23</sup> Im Rahmen ihrer neuen militärischen Zusammenarbeit führten beide Staaten sogar gemeinsame Flottenmanöver im Indischen Ozean durch, die vor allem deshalb bemerkenswert waren, weil Indien solche Manöver mit der Sowjetunion nie durchgeführt hatte.<sup>24</sup> Die stärkere

<sup>22</sup>Der Bericht der Indo-American Task Force on the Indian Ocean nannte bezeichnenderweise „Clarifying the U.S. Commitment to Pakistan“ an erster Stelle der gemeinsam vorgeschlagenen Maßnahmen, vgl. *Report of the Indo-American Task Force on the Indian Ocean 1985*, S.8.

<sup>23</sup>Harrison, Selig, S./Kemp, Geoffrey, *India & America. After the Cold War*, Washington 1993, S.26/27.

<sup>24</sup>Vgl. Maass, Citha D., „Umorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Kalten Krieg“, *Außenpolitik*, 44 (1993) 1, S.39.

militärische Zusammenarbeit mit den USA erlaubte es der Indischen Union zudem, an ihrer Politik der Rüstungsdiversifizierung festzuhalten.

Allerdings gibt es auch im sicherheitspolitischen Bereich weiterhin Reibungspunkte mit den USA. Hier sind es neben der Nuklearfrage vor allem amerikanische Vorbehalte gegenüber dem Ausbau des indischen Weltraum- und Raketenprogramms und der damit verbundene Technologietransfer. So verhängten die USA u.a. 1992 Sanktionen gegen Russland, da die Lieferung russischer Raketenteile an Indien in den Augen der USA gegen das 1987 vereinbarte Missile Technology Control Regime (MTCR) verstieß.<sup>25</sup> Aber auch indische Einrichtungen wie die Weltraumorganisation Indian Space Research Organisation (ISRO) oder die Defence Research and Development Organisation (DRDO) sind immer wieder von den USA mit Sanktionen belegt worden, um die Lieferung von Hochtechnologie an Indien zu unterbinden, solange das Land nicht internationalen Kontrollregimen beigetreten ist.<sup>26</sup>

### 3 Wirtschaftspolitik: Mixed Economy versus Freihandel

Während Nehru den wirtschaftlichen Aufbau der Sowjetunion bewunderte, lehnte er deren totalitäres politisches System ab. Im Hinblick auf die USA war er von der Notwendigkeit amerikanischer Kapitalhilfe für die Entwicklung Indiens überzeugt, fürchtete aber die Dominanz der amerikanischen Wirtschaftsmacht und die daraus folgenden Abhängigkeiten.<sup>27</sup> Der Wunsch nach Unabhängigkeit und Eigenständigkeit schlug sich somit auch in der indischen Wirtschaftspolitik nieder. In der „mixed economy“ sollte der Staat und nicht der „freie Unternehmer“ als Motor der Entwicklung fungieren.

Seit der Unabhängigkeit Indiens hatte es eine enge Zusammenarbeit mit den USA gegeben, die zwischen 1946 und 1966 das wichtigste bilaterale Geberland Indiens waren. Bereits 1951 hatte sich Nehru angesichts von Versorgungsproblemen an die USA gewandt. Die Regierung Truman sagte umfangreiche Getreidelieferungen zu, um damit eine Entwicklung wie in China zu verhindern, das in den Augen der USA an die Kommunisten „verloren“ gegangen war.<sup>28</sup> Die Eisenhower-Administration sprach sich in einem Stra-

---

<sup>25</sup>Vgl. Limaye, Satu P., *U.S.-Indian Relations. The Pursuit of Accommodation*, Boulder 1993, S.245.

<sup>26</sup>Vgl. Manchanda 1993, S.1637.

<sup>27</sup>Vgl. Kux 1994, S.57.

<sup>28</sup>Vgl. Bearth 1990, S.12.

tegiepapier des National Security Council im Januar 1957 für eine stärkere Berücksichtigung Indiens in der US-Politik aus. Ein demokratisches Indien wurde als wichtiges alternatives nichtkommunistisches Entwicklungsmodell in Asien, besonders gegenüber China, gesehen.<sup>29</sup> 1958 bewilligten die USA umfangreiche Mittel zur Unterstützung des zweiten indischen Fünfjahresplans und legten mit dem Public Law (PL) 480 den Grundstein für umfangreiche Weizenexporte nach Indien.<sup>30</sup>

Mit dem Amtsantritt Kennedys 1961 schien das Gewicht Indiens in der amerikanischen Außenpolitik weiter zuzunehmen. Zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung setzte sich Kennedy für eine verstärkte wirtschaftliche Unterstützung der Dritten Welt ein, die langfristig den Weg für Freiheit und Demokratie in diesen Staaten ebnet sollte.<sup>31</sup> Auf seine Initiative wurden die Weltbank-Konsortien eingerichtet, mit denen die westlichen Geberländer ihre Entwicklungshilfe gegenüber Indien und Pakistan koordinieren sollten.

Die anhaltenden wirtschaftlichen Probleme und Missernten Mitte der sechziger Jahre ließen jedoch auch in der US-Administration den Eindruck aufkommen, dass sich die Indische Union trotz aller Unterstützung nicht zum alternativen Modell gegenüber China entwickeln würde. Die Versuche der USA, Druck auf Indien auszuüben, um Reformen in einzelnen Politikbereichen, wie z.B. in der Landwirtschaft, einzuleiten oder auf eine generelle Liberalisierung des indischen Wirtschaftsmodells zu drängen, erwiesen sich als wenig erfolgreich. Der überraschende Stopp der amerikanischen Nahrungsmittellieferungen im Juni 1965 durch Präsident Johnson belastete deshalb die bilateralen Beziehungen erheblich. Die Nahrungsmittelhilfe hatte im Lauf der Jahre beträchtliche Ausmaße angenommen, doch geriet sie angesichts vorzeigbarer Erfolge im US-Kongress zunehmend in die Kritik.<sup>32</sup> Während der Missernten zwischen 1965 und 1967 und der sich damit verschlechternden wirtschaftlichen Situation in Indien drängte Präsident Johnson die indische Regierung zu Reformen in der Geburtenkontrollpolitik und in der Landwirtschaft, um die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu erreichen.<sup>33</sup>

Im November 1965 unterzeichneten beide Staaten ein lange Zeit geheim gehaltenes Abkommen, mit dem sich Indien verpflichtete, seine Landwirtschaftspolitik zu reformieren. Nach der öffentlichen Ankündigung der Reformen durch Premierminister Shastri im Parlament nahmen die USA ihre

---

<sup>29</sup>Zit. nach Kux 1994, S.154.

<sup>30</sup>Vgl. Palmer, Norman, D., *South Asia and United States Policy*, Boston 1966, S.21.

<sup>31</sup>Vgl. Bearth 1990, S.18/19.

<sup>32</sup>Vgl. Kux 1994, S.240/241.

<sup>33</sup>Vgl. Bearth 1990, S.277.

Nahrungsmittellieferungen wieder auf.<sup>34</sup> Die mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank ausgehandelten Reformen sahen u.a. einen Abbau der Lizenzproduktion und eine deutliche Abwertung der Rupie vor. Die Durchsetzung dieses Reformpakets geriet zum innenpolitischen Fiasko für Indira Gandhi, die Tochter Nehrus, die nach dem Tod Shastris 1966 das Amt des Premierministers übernommen hatte. Die kommunistischen Parteien warfen ihr eine zu starke Anlehnung an die USA vor, und selbst in der eigenen Partei fand sie kaum Rückhalt für die Abwertung der Rupie um 57 Prozent, die Anfang Juni 1966 durchgeführt wurde. Die Niederlage der Kongresspartei bei den Wahlen 1967 leitete für die nächsten Jahre einen „Linksruck“ in der indischen Politik ein. Auch im außenpolitischen Bereich versuchten die USA, durch wirtschaftliche Sanktionen Einfluss auf die indische Politik zu nehmen. So rief die indische Kritik an der „Aggressionspolitik imperialistischer Mächte“ in Vietnam heftige Reaktionen in den USA hervor, und die US-Administration gab Indira Gandhi deutlich zu verstehen, dass Staaten, die von den USA Weizen erhalten, sich eine solche Position kaum leisten könnten.<sup>35</sup> Dieses amerikanische Vorgehen stärkte auf indischer Seite das Streben nach „self-reliance“ im Sinne der wirtschaftlichen und politischen Eigenständigkeit: „Never again would India allow itself to become so vulnerably dependent on external assistance.“<sup>36</sup>

Trotz dieser Bekenntnisse verfügten die USA in den siebziger Jahren durch ihre Einnahmen aus den Hilfslieferungen im Rahmen der PL-480-Programme über ein enormes wirtschaftspolitisches Druckmittel. Schätzungen zufolge sollen dadurch bis zu zwanzig Prozent der indischen Währung von den USA kontrolliert worden sein. Dass dieses Potenzial nicht genutzt wurde, um z.B. politischen Druck auf Indira Gandhi auszuüben, sondern dass sich die USA mit Indien auf ein Abkommen verständigten, macht deutlich, dass Indien zur damaligen Zeit keinen allzu großen Stellenwert in der US-Außenpolitik eingenommen hat.<sup>37</sup>

Der indische Nuklearversuch 1974 und die folgenden Sanktionen entwickelten sich auch im wirtschaftspolitischen Bereich zu einem Dauerkonflikt in den bilateralen Beziehungen mit den USA, die Indien bis dahin beim Aufbau von Nuklearanlagen unterstützt hatten. Durch Indiens Weigerung, internationalen Kontrollregimen beizutreten, entbrannte ein wiederkehrender Streit um die Frage, wie vertraglich vereinbarte Ersatzteillieferungen für bereits beste-

---

<sup>34</sup>Vgl. Kux 1994, S.244-247.

<sup>35</sup>Vgl. Kux 1994, S.255.

<sup>36</sup>I.G. Patel, in Kux 1994, S.261.

<sup>37</sup>Zum Umfang der Mittel aus dem PL-480-Programm vgl. Patterson 1998, S.51.

hende Nuklearanlagen, wie in Tarapur, mit internationalen Kontrollregimen zu vereinbaren seien.<sup>38</sup>

Die indische „mixed economy“ war nicht in der Lage, mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von ca. 3,5 Prozent, der sog. „Hindu rate of growth“, eine nennenswerte Entwicklung des Landes in Gang zu setzen. Wirtschaftliche Öffnung, exportorientierte Wirtschaftspolitik oder gar stärkere Integration in den Weltmarkt wie in den Staaten Ost- und Südasiens wurden nur zögernd angegangen. Auf indischer Seite verbanden sich damit Befürchtungen vor einer externen Einmischung in innere Angelegenheiten, während es in den USA grundsätzliche Vorbehalte gegenüber den ordnungspolitischen Vorstellungen der indischen „mixed economy“ gab. Trotz einer vorsichtigen Öffnung unter der Janata-Regierung zwischen 1977 und 1980 blieb das Interesse amerikanischer Firmen an einem Engagement in Indien gering. Die Volksrepublik China war seit 1977/78 ebenfalls dazu übergegangen, ihren Markt für westliche Unternehmen, allerdings zu deutlich besseren Bedingungen als in Indien, zu öffnen. Neben seiner politisch-strategischen Bedeutung festigte sich damit auch die wirtschaftliche Position Chinas in der US-Außenpolitik.

Indira Gandhi bemühte sich nach ihrem Wahlsieg 1980 um weitere Reformen der indischen „mixed economy“. Bei ihrem Besuch in den USA im Juli 1982 verständigten sich beide Staaten u.a. auf eine stärkere Zusammenarbeit im Technologiebereich. Der amerikanische National Security Council setzte sich im Oktober 1984 für bessere Beziehungen der USA zu Indien ein, wobei der bis dahin sensible Bereich des Technologietransfers ausdrücklich genannt wurde.<sup>39</sup> Allerdings machte der Streit um den Verkauf des Cray-Computers, der nach Meinung amerikanischer Experten auch im Nuklearbereich eingesetzt werden konnte, oder die Auseinandersetzungen um mögliche Handelsanktionen der USA aufgrund der Verstöße Indiens im Rahmen der „Super-301“-Liste die weiterhin vorhandenen Meinungsunterschiede in wirtschaftlichen Fragen deutlich.<sup>40</sup>

Der Zusammenbruch der Sowjetunion, die sich zum wichtigsten Handelspartner Indiens entwickelt hatte, die Devisenausfälle indischer Gastarbeiter als Folge der Golfkrise 1990 und die steigende Verschuldung seit Mitte der achtziger Jahre brachten Indien im Frühsommer 1991 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Mit der Ankündigung der neuen Kongressregierung unter Narasimha Rao im Sommer 1991, eine umfassende wirtschaftliche Liberalisierung der „mixed economy“ einzuleiten, verstärkte sich in der Folge das aus-

---

<sup>38</sup>Vgl. Kux 1994, S.339-341.

<sup>39</sup>Vgl. Mukerjee 1987, S.601.

<sup>40</sup>Vgl. Kux 1994, S.434-436.

ländische und damit auch das amerikanische Interesse an Indien. Die indische Regierung hatte angesichts der drohenden Zahlungsunfähigkeit umfangreiche Kredite beim IWF angefordert. Die USA unterstützten dabei den indischen Kreditwunsch nicht nur aus wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten. Die rasche Gewährung der Kredite wurde auch als Konzession an die indische Kooperationsbereitschaft während des Golfkriegs gesehen, als sich Indien, trotz seiner traditionell guten Beziehungen zum Irak, auf die Seite der internationalen Allianz gestellt hatte.<sup>41</sup>

Die ausländischen Direktinvestitionen stiegen von 165 Mio. US-Dollar 1990 auf 4,7 Mrd. US-Dollar 1993/94, wobei 50 Prozent der Investitionen und der Zusagen aus den USA kamen.<sup>42</sup> Allerdings wurden die ökonomischen Perspektiven Indiens in den USA sehr unterschiedlich eingeschätzt. Zum einen wurde die Ansicht vertreten, dass Indien - vor allem im Vergleich zu China und den südostasiatischen Staaten - für die USA wirtschaftlich noch zu unbedeutend sei, wie der regionale Vergleich amerikanischer Direktinvestitionen auch deutlich machte. Zudem galt Indien vor dem Hintergrund des Anfang der neunziger Jahre eskalierenden Hindu-Muslim-Konflikts im Vergleich zu China innenpolitisch als instabil, was negativ für die Investitionsmöglichkeiten amerikanischer Unternehmen gesehen wurde.<sup>43</sup> Zum anderen wurde die Liberalisierung in Indien und den angrenzenden Staaten als Beginn eines „Take-Off“ gesehen, der Südasien zu einem der kommenden asiatischen Wachstumsmärkte machen würde.<sup>44</sup> Indien galt als neuer asiatischer „Tiger“ und „land of opportunity“<sup>45</sup>, das vor allem im Vergleich mit den Wachstumsökonomien in Ost- und Südostasien hohe Wachstumschancen erwarten ließ.

Die USA sind mittlerweile Indiens wichtigster bilateraler Handelspartner. Umgekehrt ist Indien wirtschaftlich für die USA nur von untergeordneter Bedeutung. Der Anteil Indiens am Gesamthandel der USA beträgt weniger als ein Prozent. Auch im wirtschaftlichen Bereich gab es eine Reihe von Problemen, wie z.B. der Missbrauch von Patentrechten durch indische Firmen oder die weiterhin geltenden Beschränkungen für ausländische Direktinvestitionen.

Gerade in der Wirtschaft zeigte sich, vor allem im Vergleich zu China, die Bedeutung innenpolitischer Interessengruppen in den USA. Anfang der

<sup>41</sup>Vgl. Maass 1993, S.38.

<sup>42</sup>Vgl. Ramesh, Jairam, „Strange Democracies“, in: Seminar 422, Oktober 1994, *The U.S. and Us. A Symposium on relations between America and India*, S.21.

<sup>43</sup>Vgl. Thornton, Thomas P., „The United States and South Asia“, *Survival*, 35 (1993) 2, S.116.

<sup>44</sup>Vgl. Percy, C.H., „South Asia's Take-Off“, in: *Foreign Affairs*, 72 (1992) 5, S.166-174.

<sup>45</sup>Anderson Hills, Carla, „India: land of opportunity“, in: Seminar 422, Oktober 1994, *The U.S. and Us. A Symposium on Relations between America and India*, S.36.

neunziger Jahre hingen ca. 200.000 Beschäftigte in den USA vom Engagement US-amerikanischer Firmen in China ab, die über eine entsprechende politische Lobby im Kongress verfügten.<sup>46</sup> Das gestiegene amerikanische Interesse an Indien kann deshalb auch auf die wachsende Zahl indischer Einwanderer, der sog. Non-Resident Indians (NRIs), zurückgeführt werden, die zur Zeit des Ost-West-Konflikts noch keine Rolle spielten. Aufgrund der veränderten Einwanderungspolitik waren in den achtziger Jahren zahlreiche Inder in die USA gekommen und hatten sich dort nach dem Studium oder der Berufsausbildung niedergelassen. Anfang der neunziger Jahre belief sich die indische Gemeinschaft in den USA auf ca. 800.000 Personen, von denen achtzig Prozent als Wissenschaftler oder Ingenieure beschäftigt waren.<sup>47</sup> Sie nahmen zumeist gut dotierte Arbeitsplätze an, sodass sie das höchste Pro-Kopf-Einkommen aller ethnischen Gruppen in den USA aufwiesen.<sup>48</sup> Die wachsende Zahl wohlhabender NRIs dürfte in den nächsten Jahren dazu führen, dass sie auch ihre politischen Interessen stärker artikulieren werden. Über Spenden an Parteien und Abgeordnete dürften südasiatische Themen damit stärker in der innenpolitischen Agenda von Senat und Repräsentantenhaus auftauchen, als dies bislang der Fall war.

## 4 Perspektiven: Indisch-amerikanische Beziehungen im 21. Jahrhundert

Ohne Frage haben sich die indisch-amerikanischen Beziehungen seit Mitte der achtziger Jahre deutlich verbessert. Trotz weiterhin bestehender Probleme und Meinungsunterschiede konnte die Zusammenarbeit ausgebaut werden, wobei die internationalen Veränderungen diese Politik ebenso unterstützt haben wie die innenpolitischen Entwicklungen in Indien und den USA. Abzuwarten bleibt, ob die beiden größten Demokratien im 21. Jahrhundert zu einer beständigeren Zusammenarbeit als bisher finden können.

Die wechselhaften Beziehungen zwischen beiden Staaten während der Zeit des Kalten Krieges erklären sich vor allem durch die bipolare Struktur des internationalen Systems. Die aus dem Ost-West-Konflikt resultierenden unterschiedlichen außenpolitischen Positionen erlaubten trotz demokratischer Ge-

<sup>46</sup>Vgl. Chopra, Pran, „Cross Currents“, in: Seminar 422, Oktober 1994, *The U.S. and Us. A Symposium on relations between America and India*, S.25.

<sup>47</sup>Vgl. Bajpai, „U.S., US-India: Where do we go from here“, in: Singh, Jasjit (ed.), *Indo-US Relations in a Changing World*, New Delhi 1992, S.409.

<sup>48</sup>Vgl. Kux 1994, S.381.

meinsamkeiten keine dauerhafte Zusammenarbeit. Für die USA stand der Gegensatz zur Sowjetunion im Mittelpunkt, für Indien das Streben um außenpolitische Eigenständigkeit. Damit hatte die Indische Union keinen Platz in der US-Außenpolitik. Der Ost-West-Konflikt überlagerte mögliche demokratische Gemeinsamkeiten, militärisch erwies sich Pakistan als der zuverlässigere Verbündete. Wirtschaftlich und strategisch war die Annäherung an China attraktiver als der Ausbau der Beziehungen zu Indien. Die Möglichkeiten der USA, wirtschaftlichen Druck auf Indien auszuüben, blieben begrenzt und dort, wo sie vorhanden waren, wie im Falle der PL-480-Mittel, wurden sie nicht genutzt. Dies unterstützt die These von der Zweitrangigkeit Indiens in der US-Außenpolitik, oder, wie es S. Cohen kurz umschrieb, „[...] it is hard to mobilize U.S. policy makers [...] around a nonthreat to strategic, political, economic, and moral interests“.<sup>49</sup>

Mit den veränderten internationalen Konstellationen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts haben sich eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Gemeinsamkeiten zwischen Indien und den USA ergeben, wenngleich Probleme in so sensiblen Bereichen wie NVV, Menschenrechte und Patentschutz bestehen bleiben. Mit seinen Atomtests hat Indien einerseits seinen Anspruch untermauert, auf globaler Ebene eine wichtigere internationale Rolle als zur Zeit des Ost-West-Konflikts zu spielen, und andererseits gezeigt, dass es auch weiterhin nicht gewillt ist, sich internationalen Strukturen bedingungslos unterzuordnen. Die Eigenständigkeit indischer Außenpolitik in dieser Frage zeigt sich u.a. darin, dass Politiker und Kommentatoren nicht müde werden zu betonen, dass sich die indische Politik an den Prinzipien des Vertragswerkes orientiert, auch wenn das Land nicht offizielles Mitglied des NVV ist.<sup>50</sup> Die Forderung nach globaler Abrüstung, allerdings mit einem festgelegten Zeitplan, zählt ebenso hierzu wie die indische Politik der Non-Proliferation. So lehnte Indien in den neunziger Jahren die Wünsche des Iran und Libyens nach Lieferung indischer Nukleartechnologie ab.<sup>51</sup>

<sup>49</sup>Cohen, Stephen, „The United States, India, and Pakistan: Retrospect and Prospect“, in: Harrison, Selig, S./Kreisberg, Paul, H./Kux, Dennis (eds.), *India and Pakistan. The first fifty years*, Washington 1999, S.201.

<sup>50</sup>So hatte der spätere Außenminister Singh bereits 1998 die Haltung Indiens in Bezug auf den CTBT wie folgt umschrieben: „Since India already subscribes to the substance of the test ban treaty, all that remains is its actual signature“, Singh, Jaswant, „Against Nuclear Apartheid“, in: *Foreign Affairs*, 77 (September/October 1998) 5, S.51. Zur neueren Debatte über die Befolgung der Prinzipien des NVV durch Indien vgl. Mohan, Raja C., „India joins the NPT debate“, in: <http://www.the-hindu.com/stories/05112523.htm>, 11.05.2000.

<sup>51</sup>Vgl. Limaye 1993, S.245; Singer/Saksena/Thakar 1998, S.1174.

Zugleich verfügt die Indische Union in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts aber über eine deutlich bessere Position als noch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts. Die ökonomische Öffnung seit Anfang der neunziger Jahre hat weniger politische Abhängigkeiten mit sich gebracht, als von indischen Politikern befürchtet worden war. Ursache hierfür dürfte die zu beobachtende Neufestlegung der politischen und strategischen Allianzen im asiatischen Raum sein, die Indien zu einem begehrten Partner vieler Großmächte gemacht hat. Dabei überwiegen bilaterale Vereinbarungen, da es z.B. zwischen Indien, Russland und China gemeinsame Vorbehalte gegenüber einer möglichen Einmischung des Westens in ihre inneren Angelegenheiten und einer möglichen Dominanz der USA im internationalen System gibt. Andererseits haben Indien und die USA eine Reihe gemeinsamer Positionen gegenüber China entwickelt.<sup>52</sup>

Vor dem Hintergrund der wechselhaften indisch-amerikanischen Beziehungen und unter Einbeziehung Chinas lässt sich die These aufstellen, dass die politische Führung Indiens ihre Lektion aus der Zeit des Kalten Krieges im Hinblick auf die Anerkennung als Großmacht gelernt hat. Erst die gemeinsamen strategischen und wirtschaftlichen Interessen verhalfen China zu seinem Stellenwert in der US-Außenpolitik und zu seiner internationalen Anerkennung, wohingegen das indische Beharren auf Eigenständigkeit nicht honoriert wurde. Nach der strategischen Annäherung 1971 hat die Öffnung der Märkte 1977/78 zusammen mit der Aussicht auf eine kaufkräftige Mittelschicht China langfristig das außenpolitische Gewicht in der US-Administration eingebracht, über welches das Land bis heute verfügt. In diesem Sinne lässt sich die Bemerkung von K. Subramanyam, des früheren Direktors des einflussreichen Think-Tank Institute for Defence Studies and Analysis (IDSA), auch als Programm für die indisch-amerikanischen Beziehungen verstehen: „[...] a nation of 800 millions armed with nuclear weapons could not be ignored.“<sup>53</sup>

---

<sup>52</sup>Vgl. hierzu meinen Beitrag „Außenpolitik im Berichtsjahr“ in diesem Band.

<sup>53</sup>Vgl. Subramanyam, K., „India joins club of 5 N-weapon states“, in: <http://www.timesofindia.com/ today/12home2.htm>.

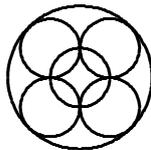
Werner Draguhn (Hrsg.)

## Indien 2000

**Politik**  
**Wirtschaft**  
**Gesellschaft**

mit Beiträgen von:

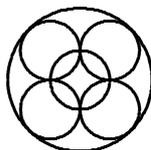
Joachim Betz  
Elfriede Bierbrauer  
Dirk Bronger  
Julia Eckert  
Sushila Gosalia  
Michael von Hauff  
Dagmar Hellmann-Rajanayagam  
Clemens Jürgenmeyer  
Heinrich Kreft  
Citha D. Maaß  
Sonja Majumder  
Jamal Malik  
Dirk Matter  
Dietrich Reetz  
Jakob Rösel  
Hans Christoph Rieger  
Dietmar Rothermund  
Christian Wagner  
Hans-Georg Wieck  
Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung in L<sup>A</sup>T<sub>E</sub>X auf Linux: Dörthe Riedel, Wiebke Timpe  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-239-5  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2000



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturlatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).